

Brief aus dem Nationalrat - allen Leserinnen und Lesern in der DDR gewidmet : mit einer Parlamentsdelegation in der DDR

Autor(en): **Braunschweig, Hansjörg**

Objektyp: **Article**

Zeitschrift: **Neue Wege : Beiträge zu Religion und Sozialismus**

Band (Jahr): **82 (1988)**

Heft 12

PDF erstellt am: **19.09.2024**

Persistenter Link: <https://doi.org/10.5169/seals-143441>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern. Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

Haftungsausschluss

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

Mit einer Parlamentsdelegation in der DDR

Vor 36 Jahren besuchte ich die Deutsche Demokratische Republik zum ersten Mal, damals als Gast der Freien Deutschen Jugend, in den siebziger Jahren lud uns der Deutsche Friedensrat ein, und 1988 gehörte ich zu einer neunköpfigen Delegation der Bundesversammlung, die einer Einladung der Volkskammer der DDR folgte. Meine Beobachtungen gebe ich mit grosser Zurückhaltung wieder, denn fünf Tage sind eine kurze Zeit, und mit der Bevölkerung hatten wir nur wenig Kontakt.

Eine erfreuliche Feststellung kann ich mir immerhin erlauben: Verglichen mit den fünfziger Jahren sah ich weniger Plakate, Transparente und Affichen mit den aufdringlichen Politsprüchen, auch weniger Volkspolizisten und weniger Soldaten im Strassenbild und weniger Kult um sie. In einem Kindergarten stiessen wir nicht mehr wie vor 36 Jahren auf Patriotismus und Feindbilder. Wie erschrak ich damals, als ich hörte: «Wir müssen die Kinder und jungen Menschen zum Hass gegen den faschistischen Feind erziehen!» Diesmal erlebten wir eine kinderliebende Erzieherin, die Wärme und Fröhlichkeit ausstrahlte.

Das Rechtfertigungssyndrom gegenüber der BRD

Mit Stolz zeigten uns die Gastgeber einen «Volkseigenen Betrieb (VEB) für Elektro- und Anlagenbau, Kombinat Automatisierung», Wohnsanierungsprojekte und ein Gesundheitsambulatorium für Betriebsangehörige und Quartierbevölkerung in Berlin, eine Landwirtschaftsproduktionsgenossenschaft (LPG) und

den neugebauten Überseehafen Rostock. Selbst die sehr kritischen bürgerlichen Delegationsmitglieder mussten erfolgreiche Entwicklungen anerkennen, meist mit Reserve und Vorbehalten – aber immerhin!

Umso weniger verständlich war für mich das Bedürfnis der Gastgeber, fast in jeder Ansprache Gründung und Existenz der DDR aus dem Antifaschismus heraus zu rechtfertigen. Auf meine Frage, die den Beantwortern etwas Sorge bereitete, doppelten sie nach: «Die DDR ist als Reaktion auf den Faschismus historisch gewachsen, sozusagen auf seinen Trümmern.» Regelmässig folgte auch der Hinweis auf die BRD und die dort noch immer vorhandenen bösen Absichten. Wenn es nicht schulmeisterlich wirkt, würde ich den Verantwortlichen der DDR sagen: «Ausserhalb der BRD ist eure verbale Rechtfertigung längst nicht mehr nötig (weltweite Ausnahme: die Neue Zürcher Zeitung).» Die vierzigjährige Existenz der DDR, ihre Leistungen in den Bereichen der Wirtschaft, des Wohnungs- und Gesundheitswesens sowie der Kultur sagen mehr als Worte und Floskeln.

Verzicht auf die Berliner Mauer?

Die Frage nach der Berliner Mauer stellte ich gleich am ersten Vormittag dem Volkskammerpräsidenten Horst Sindermann: In einer Zeit der Entspannung, die zu Hoffnungen Anlass geben kann, muss jedes Land einen Verzichtsbeitrag leisten, der Überwindung kostet und wehtut: Die Sowjetunion zieht sich langsam aus Afghanistan zurück, der US-

Präsident hat die Verteufelung des Gegners eingestellt (leider fast nur Worte und kein Rückzug aus Zentralamerika), Iran und Irak haben sich zu einem Waffenstillstand durchgerungen, Marokko, die Sahraouis, Cypern, die Türkei und Griechenland, Kuba und Südafrika suchen vertragliche Auswege aus ihren jahre- und jahrzehntealten Konflikten; die Schweiz sollte die Armee abschaffen oder wenigstens sich auf ein Rüstungsmoratorium verpflichten. Könnte da nicht auch die DDR auf die Mauer verzichten, die ein politisches oder mindestens psychologisches Ärgernis, wenn nicht gar Hindernis für den Entspannungsprozess darstellt?

Die negative Antwort hat mich weniger enttäuscht als die Begründung: Zur Zeit fänden Nato-Manöver in der BRD statt, und diese seien militärisch unberechenbar. Eher überzeugt hätten handels- und währungspolitische Überlegungen sowie die befürchtete Abwanderung von Fachkräften, die in der BRD auch heute noch ebenso liebevoll wie rücksichtslos gegenüber dem Herkunftsland aufgenommen werden. Aussenminister Oskar Fischer und Professor Schirmer, der Völkerrechtsexperte des ZK der Partei, der eine Woche vor unserem Besuch am Jubiläumsparteitag der SPS in Zürich teilgenommen hatte, wiesen darauf hin, dass die Mauer schon seit Jahren sehr durchlässig geworden sei. Immer seltener komme es zu Gewalthandlungen; der Schiessbefehl werde nicht mehr angewandt. Eine Lösung durch die Praxis?

Eine Erfahrung bestätigt diese Hoffnung: Etliche Delegationsmitglieder wünschten eine Besichtigung der Mauer, die aber nicht auf dem Programm stand. Schliesslich fuhr der Bus auf Sichtweite vorbei, ohne anzuhalten, und die meisten erkannten die Mauer gar nicht. Zwei Tage später kam es dann doch noch zum Halt an der Mauer. In den siebziger Jahren war es ganz anders: Wir wurden fast feierlich dorthin geführt, und es gab viele Dokumente, Erklärungen und eine sehr

harte Diskussion. Heute spüren die Gastgeber, dass diese Mauer nicht mehr in die politische Landschaft passt, aber sie haben noch nicht die Freiheit, über den eigenen Schatten der Vergangenheit zu springen. «Wie wollen Sie das tun?» fragte Professor Schirmer. Ich improvisierte: «Entweder als einseitige Geste, als ein Akt der Versöhnung, oder durch Verhandlungen mit der BRD, um den nachteiligen wirtschaftlichen Folgen entgegenzuwirken.» Zwischen den Kirchen der DDR und der BRD besteht offenbar ein Abkommen, wonach Pfarrer, die die DDR verlassen, nicht gleich in der BRD (zu einem viel höheren Lohn) angestellt werden. Was für Theologen recht ist, könnte auch für Ärzte und Ingenieure billig sein.

Ein kultur- und friedenspolitischer Vorschlag

Wir haben einen guten, verständnisvollen und kenntnisreichen Botschafter der Schweiz, Dr. Franz Birrer, kennengelernt. Unser Militärattaché in der DDR hat seinen Sitz in Warschau. Leider gibt es keinen Kulturattaché. Traurige, sparsame, militärfreundliche Schweiz! Dieser Kulturattaché wäre von grosser Wichtigkeit, denn in seinem Bereich gäbe es Hoffnungszeichen: Theater, Literatur, Feuilletonseiten, Cabaret. Andere Länder setzen Kulturschaffende als Diplomaten ein. Wo bleibt die reiche und friedliebende Schweiz? Warum entsenden wir nicht Clara Obermüller, Franz Hohler, Peter Bichsel oder Hans Rudolf Hilty während einer Periode ihres Lebens als Kulturattaché nach Berlin? Das wäre doch ein Gewinn für sie, vor allem aber für unser Land und vielleicht auch für die Menschen in der DDR – eine Tat und eine Hoffnung, ein kleiner Beitrag zum Frieden! Hansjörg Braunschweig

